

# Verbraucherschutz

🕒 26.04.2004 00:00 Uhr

## Verbraucherschutz

Es sind nicht immer nur die Offizin-Apotheker, die aus vermeintlichem Eigeninteresse ausländische Versandapotheken kritisieren. Auch neutrale Fachleute sind über die Liberalisierung des Arzneimittelvertriebs besorgt.

Einer dieser Experten ist der ehemalige Präsident des Bundesinstitutes für Arzneimittel und Medizinprodukte, Professor Dr. Harald G. Schweim. Er befürchtet, dass ausländische Internet-Apotheken zum neuen Einfallstor für Arzneimittelfälschungen werden.

Die Patienten würden vor diesen dubiosen Anbietern nur unzureichend geschützt, kritisiert Schweim in einem Beitrag für die Druck-Ausgabe der PZ (Seite 8). Mit geringem Aufwand könnten Arzneimittelfälscher ein Internet-Angebot aufbauen, das dem Verbraucher vorgaukle, er bestelle Arzneimittel in einer real existierenden Apotheke. Der Politik wirft Schweim vor, sie habe den Verbraucherschutz bei der Zulassung des Versandhandels nicht ausreichend berücksichtigt.

Die Regierung sollte Schweims Kritik ernst nehmen. Denn es reicht nicht aus, auf die Standards der sichereren Versand-Apotheken aus Deutschland oder dem EU-Ausland zu verweisen. Ulla Schmidt wollte mit der Liberalisierung den unregulierten Arzneiversand eindämmen. Jetzt sieht es so aus, als habe sie dubiose Online-Shops erst den Weg aus der Schmutzdecke geebnet.

Die Bundesregierung wird vermutlich trotzdem nicht aktiv werden. Dass DocMorris weiterhin munter gegen deutsches Recht verstößt, kommentiert Staatssekretär Dr. Klaus Theo Schröder in einer Stellungnahme der Bundesregierung mit dem Verweis auf deren begrenzten Einfluss auf ausländische Anbieter. Nicht einmal zu einem Appell an patriotisches Einkaufsverhalten kann sich Schröder durchringen.

Dabei entwickeln die großen Versandapotheken Geschäftsmodelle, die der auf Verbraucherschutz bedachten Regierung nicht Recht sein können. DocMorris-Chef Ralf Däinghaus machte auf einer Veranstaltung in Bad Homburg Pharmaherstellern ganz offen das Angebot, neue Präparate kostenlos an die Patienten weiter zu geben, wenn die Industrie sie dem niederländischen Versender ebenfalls kostenlos zur Verfügung stellt. Die Ärzte könnten so ihr Budget schonen, denn das Medikament taucht auf der Kassenrechnung erst gar nicht auf.

Das wäre der ausschließlich ökonomisch fokussierte Komparativ von Aut idem. Per Vertrag legen Industrie und Versender fest, welche Arzneimittel der Patient erhält. Die vom Kostendruck gezeichneten Ärzte werden informiert, was sie abzugeben haben.

Sparen ist wichtig, keine Frage. Doch gefälschte Arzneimittel und nicht-legitimierte Entscheider in der Arzneimitteltherapie sind ein zu hoher Preis dafür.

*Daniel Rücker*

*Stellvertretender Chefredakteur*

© 2004 GOVI-Verlag

E-Mail: [redaktion@govi.de](mailto:redaktion@govi.de)

## Top-Artikel

- In den Medien

**Leberschäden durch lange Anwendung von Curcuma-Präparaten**
- Einkaufskonditionen

**BGH sieht Skonto als Rabatt**
- Reaktionen auf Skonti-Urteil

**Kollaps der Apotheken befürchtet**
- Hilfsmittel

**Das sind die Details der Präqualifizierungs-Vereinbarung**
- Schwangerschaft

**Corona-Impfung senkt Neugeborenen-Sterblichkeit**